

Zwischen Amboss und Hammer Geplantes Containerdorf in Steinfort

Ende letzten Jahres stand die 5.000-Seelen-Gemeinde Steinfort urplötzlich im Mittelpunkt des medialen Interesses. Angesichts der massiven Zuwanderung plante die Regierung, ein Containerdorf für 300 bis 600 Flüchtlinge in der „rue d'Arlon“ hinter dem P&R in Steinfort zu errichten. Es hagelte Kritik von allen Seiten. Der Gemeinderat stellte die Unterstützung für das Projekt nicht in Frage, hielt jedoch an der Begrenzung einer Struktur auf maximal 100 Asylsuchende fest. Ebenfalls von Seiten der Einwohner gab es lokalen Gegenwind, der sich nicht zuletzt in der Gründung der Bürgerinitiative „Kee Containerduerf am Duerf“ manifestierte. Wie hat sich das Projekt in den letzten Monaten entwickelt? Wir haben beim Bürgermeister der Gemeinde Steinfort, Jean-Marie Wirth (CSV), nachgefragt.

Eine Information gleich vorab: Es hat sich noch nichts getan in der „rue d'Arlon“!

Die Infrastrukturarbeiten für das Containerdorf haben noch nicht einmal ansatzweise begonnen. Aktuell wird das Gelände einer Umweltstudie unterzogen. Es wird sich also noch Monate hinziehen, bis mit den Bauarbeiten auf dem Grundstück begonnen werden kann.

Kommunikationsmangel und kein Ende

Bei einem Projekt, das solch hitzige lokale Diskussionen entfacht, scheint es besonders wichtig zu sein, wie sich die Kommunikation zwischen dem Staat, der Gemeinde und den Bürgern gestaltet.

Weitere wichtige Frage: Inwieweit können die Gemeinden mitentscheiden, was auf ihrem Gebiet passiert?

Bürgermeister Wirth erklärt, dass besagtes Baugrundstück der CFL gehört und die Einflussnahme der Gemeinde aufgrund dessen sehr gering ist. Hätte der Steinforter Gemeinderat ein Mitspracherecht gehabt, wären auch andere Möglichkeiten und Standorte in Betracht gezogen worden. Entsprechende Ideen lagen auf dem Tisch. Diese waren aber von Regierungsseite nicht erwünscht.

Bei einem Grundstück, das dem Staat gehört, kann dieser alleine entscheiden, wie es bebaut wird. Allerdings hat der Staat kein Mitspracherecht bei der



Baugenehmigung, die in dem alleinigen Kompetenzbereich des Bürgermeisters liegt. Der Gemeinderat sprach sich ganz klar dafür aus, die Baugenehmigung auf eine Unterbringungs-Struktur von maximal 100 Menschen zu limitieren. Die kommunale Autonomie spielt also in diesem Fall zum Vorteil der Gemeinde.

Unterstützung der Flüchtlinge, ja - Modalitäten diskussionswürdig

Bürgermeister Wirth ist es wichtig, klarzustellen, dass der Steinforter Gemeinderat sich nicht dem Projekt als solchem widersetzt, sondern lediglich die Details hinterfragt. Die Initiative, der Regierung bei der Bewältigung des Flüchtlingsstroms helfen zu wollen, kam überdies als aller erstes von Seiten der Gemeinde. In einem Brief boten die Steinforter Minister Kersch ihre Mithilfe an. Geplant war, dem Staat dezentrale Strukturen für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen.

Ein paar Monate später wurde Bürgermeister Wirth dann zu einem dringenden Gespräch ins Innenministerium zitiert. Minister Kersch verkündete ihm unmissverständlich, dass Steinfort neben Mamer und Diekirch als einer der 3 landesweiten Standorte für Flüchtlingsunterkünfte ausgewählt wurde. Damit sich die hohen Infrastrukturkosten von 3,5 Millionen € lohnten, sei ein Containerdorf für 300 bis 600 Leute geplant. Dies hätte einen schlagartigen Bevölkerungswachstum von über 10% bedeutet.

Aufgrund der Größe war ebenfalls von vornherein klar, dass sich die Integration der Flüchtlinge schwierig gestalten würde. „In dem Moment habe ich mich nur gefragt: Wie erklärst du das den Bürgern und dem Gemeinderat? Dass wir helfen würden, stand nie zur Diskussion. Solchen Forderungen ausgesetzt zu sein, war und bleibt jedoch schwer zu verkraften“, so Bürgermeister Wirth.



„In puncto Kommunikation hängen wir in der Luft!“

Auf die Frage hin, wie die Zusammenarbeit und die Kommunikation zwischen Gemeinde und Regierung abgelaufen ist, stellt der Bürgermeister achselzuckend fest: „Es gibt überhaupt keine Kommunikation. Als Gemeinde hängen wir sozusagen in der Luft. Weder von Seiten des Staates, noch von Seiten des OLAI bekommen wir Informationen.“

Die spärlich fließenden Informationen haben wir aus der Presse, im selben Moment wie

die breite Öffentlichkeit! Ab dem Moment laufen dann bei uns die Telefone heiß und die Medien

verlangen uns eine Stellungnahme ab, dabei wissen wir nichts! Alles wird von oben herab entschieden. Die Gemeinde wurde zu keinem Zeitpunkt über Entscheidungen und Prozeduren in Kenntnis gesetzt, geschweige denn um Rat gefragt.“

Frust, jedoch auch Genugtuung

Da eine solche Situation konkrete Ängste bei den Bürgerinnen und Bürgern generiert, stellt sich die Frage, wie man als lokale Verwaltung damit umgeht. Bürgermeister Wirth erklärt: „Als politischer Verantwortlicher muss man in einer solchen Situation die Menschen ernst nehmen, versuchen, sie zu verstehen, bzw. sie da abholen, wo sie gerade stehen. Ebenso gilt es, falschen Informationen und Behauptungen entgegenzuwirken. Die größte Angst der Bürger war und ist die im Verhältnis zur Einwohnerzahl hohe zentral unterzubringende Anzahl an Flüchtlingen. Hier wäre uns eine dezentrale Lösung lieber gewesen.“

Viele Bürger fragten sich zurecht: Wie soll eine Integration ins Dorfleben, ein angenehmes Miteinander stattfinden, wenn man vorsätzlich die Leute abschottet? Der Gemeinderat hat sich dieser hohen Zahl allerdings vehement widersetzt und will lediglich 100 Personen aufnehmen. Eine Zahl, hinter der auch der Großteil der Einwohner steht.

Die Bürgerinitiative behauptet währenddessen, der Geländeboden sei kontaminiert. Auch ist die eventuelle Präsenz der Fledermaus „*myotis myotis*“ ihr scheinbar ein Dorn im Auge. Laut Bürgermeister Wirth sind das aber keine ernst zu nehmenden Einwände. „Man kann den

Boden dekontaminieren und wegen der Fledermaus wird die Umweltstudie gemacht. Die Vorgehensweise der Bürgerinitiative hat für mich eher den bitteren Nachgeschmack eines sogenannten „NIMBY Effekts“ (Not In My Backyard - Nicht in meinem Hinterhof), so der CSV Politiker.

Die Sorgen um unangemessen hohe Infrastrukturkosten für eine provisorische Containerstruktur teilt der Bürgermeister ebenfalls: *„Der Gemeinde einen Teil des Geldes zur Verfügung zu stellen, um dezentralen Wohnraum zu schaffen, wäre nicht nur günstiger, sondern auch sinnvoller, um die Integration voranzutreiben.“*

Hinzu kommt, dass durch die Unterbringung von Flüchtlingen in Containern, wie sie von der Regierung vorgesehen wird, Menschenrechte mit Füßen getreten werden, so Jean-Marie Wirth. Weiter führt er aus: *„Es reicht nicht aus, ‚Primo Arrivant‘ Flüchtlinge aufzunehmen und wenn sie dann den anerkannten Flüchtlingsstatus haben, sie ihrem Schicksal zu überlassen. Diese haben nämlich dann auch Anrecht auf eine Wohnung, aber hier hapert es gewaltig.*

Mehr als 400 Flüchtlinge mit anerkanntem Status leben zur Zeit in den ‚Primo arrivant‘ Strukturen und das ist menschenrechtsverachtend. Diese Leute haben ein Recht auf eine Wohnung und hier sind die Regierung und alle Gemeinden gefordert.“

Deshalb bot Steinfurt der Regierung an, einige kommunale Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Bürgermeister Wirth unterstreicht, dass auch bereits jetzt 8 sogenannte *Bénéficiaires de protection internationale* in Steinfurt wohnen.

Jean-Marie Wirth, der als gelernter graduerter Krankenpfleger seine soziale Ader zum Beruf gemacht hat, kämpft schwer mit der Falschinformation, man wolle keine Flüchtlinge in Steinfurt haben. So moniert er, dass in der Öffentlichkeit die unterschiedlichen Positionen zwischen Bürgerinitiative und Gemeinderat kaum bis gar nicht wahrgenommen werden. Die Gemeinde spricht sich gegen die Pläne der Regierung aus, jedoch nicht gegen das Helfen an sich. *„Ich werde sehr emotional, wenn man mich auf die Flücht-*

lingskrise anspricht. Es gibt eine humanitäre Not, also ist es unsere Pflicht, zu helfen! Ich schiebe also eine gehörige Portion Frust vor mit her. Trotzdem verspüre ich Genugtuung, weil ich zum Glück auf viele engagierte Helfer zurückgreifen kann, mit denen wir zusammen Vieles bewegen können!“, so der Gemeindepolitiker.

**„NIMBY Effekt =
Not In My Backyard
= Nicht in meinem
Hinterhof“**



„Als Politiker muss man die Menschen dort abholen, wo sie stehen“

Aktueller Stand? Keine Ahnung!

Jean-Marie Wirth erklärt, wie das Projekt anders hätte ablaufen können. „Ich hätte mir gewünscht, von Anfang an in den Prozess und die Entscheidungen eingebunden zu werden. Man hätte mit allen Beteiligten sachlich und produktiv nach Lösungen suchen können, anstatt das Ganze durch einseitige Informationen zum Politikum zu machen. Durch die Informationspolitik der Regierung von oben herab sind die Probleme und Oppositionen erst entstanden. Hätte man sich von Anfang an mit den Beteiligten an einen Tisch gesetzt, wäre es vermutlich nie zu einer Bürgerinitiative gekommen, weil Jeder ernst genommen worden wäre, und zwar im Vorfeld!“

Zum Schluss bleibt nur noch eines zu klären: Was ist der aktuelle Stand der Dinge? „Da sind sie so gut informiert wie ich, nämlich gar nicht!“

